

Calmer Tagblatt

Nr. 80.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Verkaufspreis: 6 Mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 40 Bg. - Schlus der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. - Fernsprecher 9.

Mittwoch, den 7. April 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellgeld 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis 8.10 ohne Zustellgeld.

Der französische Vormarsch.

Die Franzosen haben die Städte Frankfurt a. M., Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg besetzt. Das Wolffsche Telegraphenbüro verbreitet hiezu einen ausführlichen Bericht über den deutsch-französischen Notenausgleich, der dem französischen Einmarsch vorausging. Wir entnehmen den offiziellen Darstellungen Folgendes:

Der französische Ministerpräsident hat in der Nacht vom Montag auf Dienstag in Paris folgende Note übergeben lassen:

In meinem Schreiben vom 2. April habe ich Sie gebeten, Ihre Regierung darauf zu bringen, daß die deutschen Truppen, die in rechts-widriger Weise in die durch den Artikel 42 festgesetzte neutrale Zone eingedrungen sind, unverzüglich zurückgezogen werden. Da bisher die Antwort auf dieses Ersuchen ausgeblieben ist, bringe ich Ihnen zur Kenntnis, daß der Oberbefehlshaber der Rheinarmee den Befehl erhalten hat, die Städte Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg sofort zu besetzen. Diese Besetzung wird aufhören, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben werden.

Diese Mitteilung ist der Bormarsch der französischen Truppen vorangeht. Die deutsche Regierung hat bis jetzt alles getan, um das unerhörte, mit dem Sinn des Friedensvertrags weder im Einklang stehende noch in dieser Ausdehnung mit der Geringfügigkeit unserer Ruhraktion in Einklang zu bringende Vorgehen zu verhindern.

Am 28. März teilte die französische Regierung mit, daß sie ihre Genehmigung zu einem Truppeneinmarsch in das Ruhrgebiet nur geben könne, wenn die fünf deutschen Städte von ihr besetzt werden dürften, wobei die Lokalverwaltungen bestehen bleiben sollten. Die deutsche Regierung konnte auf dieses Ansinnen nicht eingehen, sondern machte den Gegenvorschlag, daß den Franzosen die Besetzung erlaubt werden sollte, wenn die Truppen aus dem Ruhrgebiet innerhalb einer bestimmten Frist nicht zurückgezogen seien. Herr Paoleo-Logue, mit dem die Verhandlungen geführt wurden, erklärte sich telefonisch damit einverstanden, und bestätigte dieses Telefongespräch durch ein darauffolgendes Schreiben.

Am 30. März beharrte die französische Regierung auf ihrer Zustimmung und wies nur in einer Besprechung mit großem Nachdruck auf die Gefahr hin, daß gewisse Arbeitertruppen für den Fall des Einmarsches von Reichswehrtruppen zur Zerstörung der Schächte schreiten könnten. Am 31. März machte die französische Regierung ihre Erlaubnis für den Einmarsch mit einem Male von dem Nachweis der absoluten Notwendigkeit abhängig und erklärte ihrerseits den Einmarsch für unnötig und gefährlich. Inzwischen hatte der Herr Reichskanzler aus Loyalität, weil er am Montag die übrigen Forderungen der französischen Regierung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht und zurückgewiesen hatte, am Dienstag Mitteilung von dem französischen Entgegenkommen gemacht. Die französische Presse behandelte die Äußerung des Reichskanzlers mit den schärfsten Angriffen, natürlich in Unkenntnis der der Öffentlichkeit nicht bekannten Verhandlungen, während von zuständiger amtlicher französischer Seite erklärt wurde, man verstehe diese Äußerungen des Reichskanzlers vollkommen.

Da inzwischen die Mitteilungen über das Vordringen im Ruhrgebiet sich häuften und von allen Seiten und allen Parteien die Aufmerksamkeit sich mehrten, war an eine weitere Verschiebung des Einmarsches nicht mehr zu denken. Die deutsche Regierung ließ daher am 2. April eine Note an die französische Regierung übergeben, in der daran erinnert wurde, daß wir schon früher um die Erlaubnis zu einem Einmarsch gebeten hatten und daß die deutsche Regierung sich bereit erklärt hatte, einem Einmarsch alliierter Truppen in die bezeichneten Orte für den Fall zuzustimmen, daß die über das bereits bisher vereinbarte Maß im Ruhrgebiet befindlichen deutschen Truppen das 50-Kilometer-Gebiet innerhalb einer bestimmten, von den alliierten Regierungen festzusetzenden Frist nicht verlassen hätten. In der deutschen Note wird dann gesagt, daß die alsbaldige Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet „ohne vorübergehendes Eingreifen militärischer Kräfte unmöglich ist.“ Es wird betont, daß die Verhältnisse sich dahin entwickelt haben, „daß es zum Stillstand der industriellen Erzeugung, insbesondere der Kohlenförderung und der Hochöfenbetriebe unter Stilllegung des Eisenbahnverkehrs kommen muß.“ Es wird ferner darauf hingewiesen, daß es sich dabei „nicht um ein Vorgehen gegen die arbeitende Bevölkerung, deren Vertreter vielmehr selbst dringend um Hilfe gebeten haben, sondern nur um die Bekämpfung fanatischer Elemente“ handle. Zum Schluß wird in der deutschen Note die Hoffnung ausgesprochen, „daß sich die alliierten Regierungen der Erkenntnis nicht

verschließen werden, daß Deutschland sich in einer Lage befindet, die gebietet ein Einschreiten in dem ihrer Verantwortung unterliegenden Gebiet erfordert und in der jede Stunde des Zögerns unendliches Unheil nach sich ziehen würde.“ Die Note schließt: „Die deutsche Regierung hat nach wie vor den festen Willen, ihren Verpflichtungen loyal nachzukommen. Gerade hierfür aber bedarf es der schleunigen Wiederherstellung der staatlichen Autorität in einem Gebiet, dessen Ruhe und Ordnung die grundsätzliche Voraussetzung für die Durchführung der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrags bildet.“

Am Abend desselben Tages erneuerte die französische Regierung ihre Forderung nach Besetzung der deutschen Städte und sofortige Zurückziehung der im Ruhrgebiet einmarschierten Truppen. Am 3. April weist die französische Regierung auf die Verletzung des Artikels 44 hin. Am 4. April führt die deutsche Regierung den Nachweis, daß die in der 50-Kilometerzone befindlichen Truppen in der Kopfzahl den laut Abkommen vom 6. August zugestandenen Umfang nicht überschreiten. Am 6. April vormittags erfolgt in Paris die Uebersendung der französischen Note, die den Eingang wiedergeben ist.

Wie sich die übrigen alliierten Regierungen zu dem inzwischen erfolgten Einmarsch stellen, ist zur Zeit noch nicht bekannt, da der deutschen Regierung lediglich eine französische Note zugegangen ist. Die Reichsregierung wird sich mit jeder Entscheidung gegen das Vorgehen verhalten, das jede Möglichkeit zwischen Frankreich und Deutschland den modus vivendi zu schaffen, ausichtslos macht und nur auf neue die Kräfte in Deutschland härten muß, die von einer Ausführung des Friedensvertrags nichts wissen wollen. Es ist vollkommen ausichtslos, die Arbeitsfähigkeit in Deutschland, die die einzige Grundlage für eine Vertragserfüllung bilden kann, wieder zu härten, wenn derartig brutale Eingriffe in das deutsche Gefühl und Wirtschaftsleben vorgenommen werden, als welche sich der französische Einmarsch darstellt. Wir hoffen, daß der schnelle und glatte Fortgang der Ruhraktion die Leidenszeit der besetzten Städte nach Möglichkeit abkürzen wird. Aber es darf kein Zweifel daran gelassen werden, daß dieses durch keine sachliche Notwendigkeit begründete, den eigenen Interessen zuwiderlaufende französische Vorgehen die Republik aufs Neue in Gefahr bringt und uns wiederum um Monate in der Aufrichtung geordneter Verhältnisse zurückbringt.

Die französische Meldung über den Einmarsch.

(W.B.) Paris, 6. April. Die „Agence Havas“ meldet aus Mainz: Die französischen Truppen sind heute morgen 5 Uhr in Frankfurt a. M. eingerückt. Da sich in dieser Stadt Sicherheitswehr befand, hatte die Operation nur den Charakter eines militärischen Einmarsches. Darmstadt wurde gleichfalls heute morgen 5 Uhr von den französischen Truppen besetzt. Die in dieser Stadt in Garnison liegenden Reichswehr-Bataillone hatten die Stadt um Mitternacht verlassen, um jedes Zusammentreffen mit den französischen Truppen zu vermeiden. Die Reichswehr muß sich heute morgen 10 Kilometer östlich der Stadt befinden.

(W.B.) Paris, 7. April. (Amtlich.) Die gegen Frankfurt und Darmstadt eingeleiteten militärischen Operationen sind durchgeführt. Die daran beteiligten Truppen des 30. Armeekorps begegneten keinem Widerstand. Am 11 Uhr vormittags war die Eintreffung der beiden Städte und die Besetzung der wichtigsten Punkte an ihrer Peripherie vollzogen. Am Nachmittag besetzte unsere Kavallerie Hanau, das vorher von den deutschen Truppen geräumt worden war. Ein deutsches Bataillon der Sicherheitswehr wurde in Frankfurt a. M. in der Kaserne überrascht und entwaffnet.

Einzelheiten über die Besetzung.

(W.B.) Paris, 6. April. Ueber die Besetzung von Frankfurt, Darmstadt usw. berichtet die Agence Havas folgende Einzelheiten: Um 5.30 Uhr sind die französischen Tanks in die Stadt Frankfurt-Main eingerückt. Ihnen folgte ein Schützenbataillon und eine Kompanie Genietruppen, die sofort die wichtigsten Punkte besetzten, wie den Bahnhof, vor dem ein halbes Dutzend Tanks stehen, die Kaserne am Bahnhof, das Polizeipräsidium, das Post- und Telegraphenamnt und die Hauptkugelhöhle der Stadt. In den Straßen der Stadt herrscht absolute Ruhe.

(W.B.) Darmstadt, 6. April. Der größte Teil der Franzosen lagert außerhalb der Stadt auf den Höhen östlich von Darmstadt. Man schätzt ihre Stärke auf 5- bis 6000 Mann.

Rundgebungen des französischen Oberbefehlshabers.

(W.B.) Mainz, 6. April. Eine Bekanntmachung des Oberkommandierenden der alliierten Besatzungstruppen, General

Degoutie, besagt, daß die Städte Frankfurt a. M., Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg durch französische Truppen besetzt werden. In den neu besetzten Gebieten ist der Belagerungsstand proklamiert und der Verkehr vorläufig zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens untersagt. Der Verkehr zwischen dem neu besetzten Gebiet und Deutschland ist im allgemeinen verboten, jedoch werden Ausweise durch die Gemeindebehörden mit militärischem Bijou ausgegeben. Jede Ansammlung auf der Straße von mehr als 5 Personen ist verboten, das Erscheinen der Zeitungen vorläufig eingestellt. Für die Benutzung von Telegraph und Telefon ist die Erlaubnis der Militärbehörde erforderlich. Vorläufig ist eine Korrespondenzszenenur hergestellt worden.

(W.B.) Mainz, 6. April. Eine Bekanntmachung des Oberkommandierenden der alliierten Besatzungstruppen an die Bevölkerung besagt: Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei (!) eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets angeordnet. Dadurch hat sie eine der wesentlichsten und feierlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt. Im Verlauf der bis heute währenden Verhandlungen war die französische Regierung stets bemüht, die deutsche Regierung von jedem militärischen Vorgehen, das mit einiger Vorsicht hätte vermieden werden können, abzuhalten. Nichtsdestoweniger sind die Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet eingerückt. Die Regierung der französischen Republik sieht sich daher gezwungen, sich ein Pfand zu sichern, damit die Berliner Regierung ihrer Unterpflicht nachkomme. Deshalb habe ich den Befehl erhalten, die Städte Frankfurt a. M., Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg zu besetzen. In diesem Augenblick halte ich es für notwendig, zu erklären, daß diese Besetzung keine feindselige Handlung gegen die arbeitende Bevölkerung dieses Gebiets bedeutet. Sie hat lediglich den Zweck, die Ausführung des Vertrages zu sichern und wird aufhören, sobald die Reichswehrtruppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben. — (Diese Darstellung trägt für jeden Vorurteilslosen den Stempel der Heuchelei und der Unwahrheit im Gesicht. Mit Wendungen wie „unter dem Druck der Militärpartei“ werden die Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt. D. Schriftl.)

Eine deutsche Note.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung eine Note zu übergeben, in der „im Namen des Rechts, der Vernunft und der Menschlichkeit“ die schärfste Verwarnung eingelegt wird gegen das Vorgehen des französischen Heeres. In der Note heißt es:

„Es kann unmöglich die Absicht des Vertrages von Versailles gewesen sein, Deutschland zu verhindern, in einem Teil seines Gebiets die Ordnung, welche durch Räuber- und Mörderbanden auf das schlimmste gestört worden ist, so rasch wie möglich wieder herzustellen. Eine solche Aktion ist, auch wenn sie wegen des Umfanges der Bewegung unter Zuhilfenahme militärischer Kräfte ausgeführt werden muß, nichts anderes als eine polizeiliche Maßnahme. Die Bewegung im Ruhrgebiet, deren Gefahr leider auch jetzt noch im Ausland und insbesondere Frankreich nicht klar erkannt wird, hätte, wenn ihr nicht rasch entgegengetreten worden wäre, den Bestand der Republik innerpolitisch sowie wirtschaftlich von neuem auf das schwerste erschüttert. Letzten Endes trägt die deutsche Regierung allein die Verantwortung für das Leben und die Wohlfahrt ihrer Volksgenossen und sie muß für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Verhältnisse in ihrem eigenen Lande klarer beurteilen kann als irgend welche fremde Organe, die sich vielleicht durch unrichtige oder unvollständige Informationen eine abweichende Meinung gebildet haben. Sie hätte unverantwortlich gehandelt, wenn sie länger zugewartet hätte in der optimistischen Hoffnung, daß die Aufruhrbewegung im Ruhrgebiet auch ohne militärische Eingriffe ihr Ende finden möge. Die Ereignisse haben ihr auch bisher Recht gegeben. Ueberall dort, wo Truppen hingelangt sind, ist die Bewegung zusammengebrochen. Wo in dem Unruhegebiet die Truppen bisher nicht hingekommen sind, fladert die Flamme des Aufruhrs noch fort. Insbesondere ist auch, abgesehen von dem Eschfeld-Hagener Bezirk, eine irgendwie nennenswerte Ablieferung von Waffen nur an den Orten zu bemerken gewesen, welche in den Bereich der Truppen gekommen sind.“

Die französische Behauptung, Deutschland hätte vorzüglich den Friedensvertrag verletzt, wird dann zurückgewiesen. „Wenn die französische Regierung das deutsche Vorgehen tatsächlich als den Versuch einer Störung des Weltfriedens

immer
B
er
Bod
o.
und Freunde zu
April 1920 statt-
g
sehbarbt.
Hohlerstal.
Hohlerstein.
hlung.
Calw und Umgebung
nferarbeiten,
gen entgegen.
lungsvoll
ober, Gips
96, 2 St.
mädchen
sbildung
treten
-Kunst-Anstalt
url-Fr. Str. 63.
per sofort oder
it ein ehrliches
mädchen
shaltung und Wirt-
n Alter von 15-18
bei guter Behand-
d Bezahlung. Fa-
schluß.
entschüler z. Hirsch,
en D. A. Leonberg.
liches
mädchen
ter 18 Jahren, wegen
at. meines bisherigen
Mai evtl. auch früher
Nach nach Ueber-
erel Hiller, Forz-
ähringer Allee 42.
ht ein braves
mädchen
em Lohn
Emma Fertig,
heim, Welherstr. 22.
Nissin“
gegen
opfläuse
anderes nehmen zu
der Neuen Apotheke.

dens ansehen zu können glaubt, so hätte dies gemäß dem Bänderbundesstatut als eine Angelegenheit des ganzen Bundes behandelt werden müssen. Die Lösung einer derartigen Streitfrage zwischen einem Mitglied und einem Nichtmitglied des Bundes dürfte nicht ohne weiteres mit Gewalt, sondern zunächst nur im internationalen Schlichtungsverfahren versucht werden.

Zum Schluß weist die deutsche Note mit Nachdruck auf die schweren politischen und wirtschaftlichen Folgen hin, welche die französischen Zwangsmaßnahmen nach sich ziehen werden. Der Schluß der Note lautet: „Die deutsche Regierung hat es begrüßt, daß auch die französische Regierung gerade in der letzten Zeit zur Anbahnung einer Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet bereit zu sein schien. Wie können solche für den Wiederaufbau Europas wichtigen Gedanken in die Tat umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die französische Armee in Deutschland einmarschiert und dadurch tiefste Erregung und Erbitterung in das deutsche Volk hineinträgt? Was dem deutschen Volk vor allem nützt, ist Ruhe. Nur dann kann sich die Arbeitsleistung so weit heben, daß das Volk leben und die schweren Verpflichtungen des Friedensvertrages erfüllen kann.“

Ein Aufruf der Reichsregierung.

(WB.) Berlin, 6. April. An die Bevölkerung der Städte und Ortschaften, die von den Franzosen als Repressalie gegen unsere Polizeiaktion im Ruhrgebiet besetzt sind, hat die Reichsregierung einen Aufruf gerichtet, in dem gesagt wird, daß im Ruhrgebiet für die Polizeiaktion noch nicht 14 000 Mann zusammengezogen sind, daß aber trotzdem Frankreich diese Aktion als „eine Gefährdung des Weltfriedens“ bezeichne. Diese Behauptung richtet sich angesichts der lächerlich kleinen Truppenmenge von selbst. In dem Aufruf heißt es dann: „Die Reichsregierung weiß, daß die Landsteute der schwer betroffenen Städte und Landstriche die Notwendigkeit verstehen und bestätigen, daß im Ruhrgebiet Ordnung geschaffen wird, damit das deutsche Wirtschaftsleben nicht aus Kohlenmangel zugrunde geht... Die Reichsregierung wird alles tun, um die Leidenszeit des Maingaues abzukürzen, aber sie weiß, daß sie mit der schwergeprüften überfallenen Bevölkerung eines Sinnes ist, daß wir Deutschland auch auf diesem kistig angelegten Weg nicht zertrümmern lassen. Wir werden den juristischen Kniffen und brutalen Vergewaltigungen den einigen Willen entgegensetzen: ein einiges Volk zu sein und zu bleiben.“

Berliner Blätterstimmen.

* Berlin, 7. April. Zur Besetzung von Frankfurt a. Main, Darmstadt, Hanau usw. durch die Franzosen schreibt das „Berl. Tageblatt“: „In Frankreich sind die Geister genau so wie es die Geister während langer Jahre in Deutschland waren, durch den Militarismus umdunkelt und unempfindlich für Vernunft und Wahrheit gemacht. General Degoutte darf nicht meinen, er könne die Arbeiterschaft der von ihm im Felde eroberten unverteidigten Städte gewinnen, indem er ihnen von einer deutschen Militärpartei erzählt. Als Beschützer von Räubern und Erpressern präsentieren sich Millerand, seine Regierung und Gefolgschaft der Welt.“ — Die „Wossische Zeitung“ sagt: „Die deutsch-französischen Beziehungen können nur besser werden, wenn der Verständigungswille Deutschlands und sein offenes und wahrhaftes Vorgehen die Beforgnisse der französischen Staatsmänner zerstreuen und die Argumente der französischen Militärs zunichte machen.“ — Die „Berliner Morgenpost“ führt aus: „Frankreich klammert sich in verblendeter Angst noch immer an den Buchstaben des Vertrags. Wie die Franzosen die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands verkennen, so verkennen sie auch ihre eigenen.“ — Der „Vorwärts“ erklärt: „Die Behauptung des Generals Degoutte, daß die Berliner Regierung unter dem Druck der Militärpartei eine Offensiv der Reichswehr gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes angeordnet habe, ist in dieser Form ein Unsinn. Ferner aber hat sich die deutsche Arbeiterschaft noch nicht unter das Protektorat der französischen Militäristen gestellt. Sie hat bewiesen, daß sie sich selber schützen kann.“ — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont: Die Unruhe und die Zwiespältigkeit der französischen Politik habe der Beruhigung Deutschlands, die ein Stück der Ruhe der Welt sei, neue Hindernisse in den Weg gelegt.“

Belgien will das französische Beispiel nachahmen.

(WB.) Brüssel, 6. April. Havas-Neuter glaubt zu wissen, daß die belgische Regierung beschlossen habe, ihre Haltung angesichts des deutschen Vormarsches in die neutrale Zone der Haltung ihrer Verbündeten anzupassen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Der rote Terror.

(WB.) Essen, 6. April. In den letzten Tagen war Essen vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Tatsache ist, daß seit Tagen im Nordwesten und Norden von Essen gekämpft wird. Die große Zweigert-Brücke bei Allen-Essen ist zum Teil gesprengt. Gestern Nachmittag und heute Vormittag zog sich ein Teil der roten Armee nach Essen und darüber hinaus zurück und vernichtete Maschinengewehre und Gewehre mittels Handgranaten. Der Rückzug hielt auch heute an. Am Karfreitag Morgen trafen entsprechend den Vereinbarungen von Münster bezw. von Bielefeld Kommissionen der roten Truppen hier ein und lieferten auf dem Polizeipräsidium ihre Waffen ab. Als dann aber das Vordringen der Regierungstruppen bekannt wurde, entglitt den Führern der Arbeiter völlig die Leitung der Massen. Später bildeten sich Bänden von 5 bis 10 Mann, welche nachts in die Willen und Häuser einbrangen und mit vorgehaltenem Revolver Geld, Wertgegenstände, Kleidungsstücke, Wäsche usw. erpreßten. Die neugebildete Arbeiterwehr ging schief gegen die Plünderer vor, welche sofort erschossen wurden. Der Streik der Eisenbahner ist für den allergrößten Teil des Direktionsbezirks aufgehoben und besteht nur noch für den

Amfliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Bekanntmachung.

Infolge reichlicher Anlieferung von Butter steht sich der Kommunalverband veranlaßt, das auf die kommenden zwei Wochen entfallende Butterquantum auf einmal auszugeben. Es entfallen demnach auf Buttermarkte Nr. 4 125 g Butter. Calw, den 6. April 1920. Kommunalverband Calw: Oberamtmann Gös.

Bekanntmachung.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 31. März 1920 die Wahl des Maurermeisters Matthäus Calmbacher in Eberspieß (Gde. Oberkollbach) zum Ortsvorsteher der Gemeinde Oberkollbach bestätigt. Oberamt: Calw, den 2. April 1920. Gös.

engeren Verkehr um Essen herum. In Duisburg, das am Sonntag von Regierungstruppen besetzt wurde, war es beim Rathaus zu Kämpfen gekommen. Verschiedene Büchsen wurden getötet. Auch in Duisburg ist viel geplündert worden. In Mülheim und Gelsenkirchen sind gestern die Regierungstruppen kampfflos eingezogen. Seit Mittag erfolgt der Einmarsch der Truppen in Essen. Zur Zeit ist hier alles ruhig. Bei der Firma Krupp und in den Bergwerken wird gearbeitet.

Die Polizeiaktion.

(WB.) Berlin, 7. April. Der Vormarsch im Ruhrgebiet nimmt seinen Fortgang. Nachdem gestern Dortmund besetzt worden ist, werden voraussichtlich heute früh die Truppen in Essen einziehen. Zur Zeit stehen sie noch am Rhein-Herne-Kanal bei Gelsenkirchen, Carnap, Bottrop, Osterfeld, Oberhausen, Mülheim-Ruhr und Heißen in einem Bogen um Essen, der nach Süden hin offen ist. Von einer regulären Truppe in Essen kann zwar nicht mehr die Rede sein, doch durchziehen marodierende Bänden die Stadt. In Konfektionshäusern werden durch sogenannte Requisitionsscheine ganze Lager geräumt. Auch Privathäuser werden vielfach geplündert. Der Eisenbahnverkehr ruht, da die Eisenbahner die Arbeit erst dann wieder aufnehmen wollen, wenn der „rote“ Bahnhofskommandant abgesetzt und Essen vom roten Terror befreit sein wird. Die Lebensmittelnot ist sehr groß. Die Milchzufuhr stockt fast ganz. Eine Wehr von 300 Köpfen, die der Polizeipräsident zusammengestellt hat, genügt nicht, um in der Stadt, deren Schutzmannschaft in ruhigen Zeiten 700 Köpfe betrug, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Auch die Kommunisten und die Unabhängigen erklären, nicht imstande zu sein, die Ordnung zu gewährleisten. Der Einmarsch der Truppen wird daher von allen Seiten gewünscht. Wenn im großen und ganzen angenommen werden kann, daß die Polizeiaktion im Ruhrgebiet ihre Hauptaufgabe in wenigen Tagen erfüllt haben wird, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Waffenabgabe unter allen Umständen gründlich gemäß dem Bielefelder Abkommen vorgenommen werden muß. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch dies noch einige Tage in Anspruch nehmen wird. In Gelsenkirchen arbeiten die Behörden, nachdem die Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung eingezogen sind und nachdem der Aktionsausschuß verschwunden ist, vollständig ungehindert. Auch hier sind die Lebensmittel sehr knapp und da wegen der Verstopfung an eine größere Zufuhr nicht gedacht werden kann, ist die Lage ernst.

Sonstige Nachrichten aus dem Industriegebiet.

Vor dem Einrücken der Reichswehrtruppen in Dortmund verschwanden in der Nacht zum Sonntag der Volkzugstrat und der Arbeitererrat. Der Beamtenstreik und der Generalkstreik sind aufgehoben. — In Eberfeld ist alles ruhig. Die Stadt ist mit Lebensmitteln für mehrere Wochen gedeckt. — Auch in Bochum herrscht Ruhe. Es wird gearbeitet. Die Waffenabgabe ist in vollem Gang. — In Fierlohn und Hagen wird gearbeitet. Die Waffenabgabe vollzieht sich in Ruhe.

Kleine politische Nachrichten.

Vor den Neuwahlen.

(WB.) Berlin, 6. April. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen um Anweisungen an die Gemeindebehörden gebeten, alle Vorkehrungen für sofortige Aufstellung der Wählerlisten zu treffen, sobald die Wählerlisten bis Ende Mai fertiggestellt sind.

Heimkehrer aus Sibirien.

(WB.) Berlin, 6. März. Laut Mitteilung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene haben die ersten 1014 deutschen Kriegsgefangenen auf dem Dampfer „Schottland Maru“ am 31. März Wladiwostok verlassen. Sie stammen aus den Lagern Perwaja Kjetschka, Nipolsk, Krasnaja Kjetschka, Krasnojarsk und fahren nach Hamburg.

Die Verschacherung der deutschen Handelsflotte.

(WB.) Paris, 7. April. „Paris Midi“ meldet aus Rio de Janeiro, daß nach einer Erklärung des Ministers des Neuhern Brasiliens die ehemaligen deutschen Schiffe, die in brasilianischen Häfen interniert waren, noch nicht an Frankreich verkauft habe. Die Verhandlungen gingen weiter.

Das neue Kabinett in Dänemark.

(WB.) Kopenhagen, 6. April. Die neue Regierung Friis stellte sich heute den beiden Kammern des Reichstages vor. Der Ministerpräsident sprach den Wunsch aus, daß die Neuwahlen in kürzester Zeit stattfinden, damit ein Ministerium, das sich auf die Mehrheit des Folketings gründete, in Uebereinstimmung mit dem unveränderten Wunsch des Königs die Führung der Regierung übernehmen könne. Im übrigen wolle das Ministerium sehr wichtige Gehege und Angelegenheiten durchführen, u. a. die nordschleswigschen Ver-

waltungsarbeiten. Das Ministerium habe keine politischen Ziele, es sei befeelt von dem Wunsch nach Arbeitsfrieden, Arbeitslust und Gemeinsinn. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Trotz der Aufhebung des Generalkstreiks sehen die Bäcker, die Seelente, die Heizer und die Bergarbeiter den Streik fort.

Polnischer Vertragsbruch.

(WB.) Berlin, 6. April. Mit dem 31. März ds. Js. war der deutsch-polnische Vertrag über die vorläufige Regelung der Beamtenfrage abgelaufen. Infolgedessen wurde mit diesem Tage mit der Herausziehung der deutschen Beamten aus den an Polen abgetretenen Gebietsteilen begonnen. Am 1. 4. wurde eine polnische Ministerialverordnung bekannt, wonach die Beamten die von ihnen benutzten Dienstwohnungen bis zum 7. April 6 Uhr abends zu räumen hätten. Diese Maßnahme verstößt gegen Artikel 5 des Beamtenvertrags, der eine dreimonatige Abzugsfrist vorseht. Es wurde daher sofort am 1. April bei dem hiesigen Geschäftsträger der polnischen Republik hiergegen schärfster Einspruch erhoben und am 4. 4. erneut unmittelbar beim Unterstaatssekretär Seyda in Polen Einspruch erhoben. Um die Möglichkeit von Unzuträglichkeiten und Mißbehagen für unsere das Land verlassenden Beamten aus dem Wege zu räumen, ist gleichzeitig Seyda eine baldige Aussprache über die Durchführung des Abtransports angeboten worden, falls eine solche für zweckmäßig erachtet werden sollte.

Die Japaner in Wladiwostok.

(WB.) New York, 6. April. Der Korrespondent der „N. Y. Press“ in Wladiwostok telegraphiert: Die japanischen Truppen sind nach achtstündigem schwerem Kampf in Wladiwostok eingerückt.

Amerika und seine Schulden.

(WB.) Paris, 7. April. Dem „Intransigent“ wird über London aus Washington gemeldet, daß die Schuld der Vereinigten Staaten, die sich auf zehn Milliarden Dollar beläuft, konsolidiert wird und die Zinsen für die ersten drei Jahre in langfristige Scheine umgewandelt werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. April 1920

Abstimmung über den Generalkstreik.

Der Vorstand der Vereinigten Gewerkschaften erläßt an die gesamte Arbeiterchaft Groß-Stuttgarts einen Aufruf, durch den die Arbeiterchaft sämtlicher Betriebe aufgefordert wird, heute Mittwoch vormittag durch geheime Stimmabgabe zu entscheiden, ob sie ernstlich gewillt ist, dem Aufruf des Gewerkschaftsvorstandes zum Generalkstreik zu folgen, sobald dieser dem Aufruf für notwendig erachtet. Der Gewerkschaftsvorstand will allein über das Wohl und Wehe Zehntausender von Arbeitern und deren Familien eine Entscheidung nicht treffen, da weder mit einer Bezahlung der Streiktage, noch mit irgendwelcher Unterstützung seitens der Gewerkschaften zu rechnen ist, die Arbeiterchaft vielmehr den Lohnausfall auf sich nehmen muß.

Auftakt zum Wahlkampf.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt in der „Schwäb. Tagwacht“ einen Aufruf zu dem bevorstehenden Wahlkampf. Er richtet sich gegen Monarchie und Reaktion und fordert die Herrschaft der schaffenden Arbeit, durch Demokratie Fortschritt zum Sozialismus. Gleichzeitig werden in einem besonderen Artikel schleunige Reichstagswahlen gefordert, da für eine erdrückend republikanische Mehrheit kein Zeitabschnitt günstiger sei als der gegenwärtige.

Kanalprojekt und Siedlungsfrage.

ep. Unter den Einzelfragen des Kanalprojekts nehmen die Siedlungsfragen ohne Zweifel eine ganz besonders wichtige Stellung ein. Zu ihrer Bearbeitung hat sich der Landesverband für Volksheimstätten und Bodenreform und der Schwäbische Siedlungsverein mit dem Südwestdeutschen Kanalverein zusammengeschlossen und einen Arbeitsausschuß gebildet, der diese Frage behandelt. Er will durch Einzeluntersuchungen die voraussichtliche Verwendung des Kanalgebietes feststellen und so das Gebiet aussindig machen, das in erster Linie durch besondere Maßnahmen gegen die wirtschaftsschädlichen Wirkungen der Bodenspekulation und gegen drohende Verschleuderung ans Ausland gesichert werden muß. Er wird dann auf Grund der so gewonnenen Ergebnisse an die Regierung und an die Parteien des Landtags herantreten. Daß die Württemb. Landesregierung diesen Bestrebungen weitgehendes Verständnis entgegenbringt, hat die Deffenlichkeit schon durch die in diesen Tagen durch die Presse gegangene Notiz erfahren, die Schutzmaßnahmen für Grund und Boden in der Kanalzone gegenüber der Bodenspekulation angekündigt hat.

Ein neuer Landesarztvertrag.

Der Eplinger Delegiertenverband der Ärzte Württembergs verhandelt mit der Arbeitsgemeinschaft württemb. Krankenkassenverbände über einen neuen Landesarztvertrag. Uebereinstimmung wurde bis jetzt darüber erzielt, daß die Bezahlung der Ärzte nach Einzelleistungen auf Grund der Mindestsätze der württ. Gebührenordnung von 1899 mit einem Zuschlag von 150 Prozent erfolgt. Diese Sätze werden vierteljährlich den Geldmarktverhältnissen angepaßt. Von Spredstunden und Besuchen werden jedem Arzt, der mindestens 100 Fälle im Quartal hat, nicht mehr als durchschnittlich 4 Leistungen pro Fall und Vierteljahr bezahlt. Außerdem werden auf den Arbeitstag nicht mehr als durchschnittlich 60 Einzelleistungen bezahlt. Das Weggeld wird am Ende jedes Vierteljahrs geregelt. Für das erste Quartal 1920 gelten 3 M. bei Tag und 4 M. bei Nacht für den Kilometer.

Geschäftsübergabe.

Meinen Freunden aus Stadt und Land teile ich mit, daß ich am 1. April mein Geschäft an meinen Sohn, der es in bisheriger Weise weiterführen wird, abgetreten habe.

Es drängt mich allen meinen Kunden herzlich Dank zu sagen für das Vertrauen, das mir in meiner 34jährigen Tätigkeit in so reichem Maße zu teil wurde und bitte freundlich daselbe nun auch auf meinen Sohn übertragen zu wollen.

Eugen Dreiß senior.

Auf Obiges bezugnehmend, werde ich mein väterliches Geschäft nun unter der alten Firma

Eugen Dreiß

weiterführen und bitte freundlichst um geneigtes Wohlwollen.

Calw, 1. April 1920.

Eugen Dreiß.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 8. April 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Oberkollbach freundlichst einzuladen.

Christian Kusterer,
Sohn des † Christian Kusterer,
Bauer in Unterkollbach.

Maria Bäuerle,
Tochter des Jakob Bäuerle,
alt Hirschwirt in Oberkollbach.

Kirchgang um 1/2 12 Uhr in Altburg.

Wir bitten, dies als besondere Einladung entgegennehmen zu wollen.

Heinr. Rühle, Calw Garnzwirner.

Wollene und baumwollene Strick-Garne.

Beste Qualität. — Verschiedene Farben.

Landwirtschaftliche Maschinen

und
Geräte aller Art
sowie
Siebe und Drahtwaren
empfiehlt
Gg. Wackenhuth.



2 Pferde mittl. Schlags
einen Kappen u. einen Braumen
sowie
einen Milchwagen

hat wegen Geschäftsaufgabe zu verkaufen
Milchfuhrmann Nezer, Oberhaugstett.

K A F F E E
Fernsprecher Nr. 120.

in bekannt
gut. Mischung,
roh u. jede Woche
frisch gebrannt
empfiehlt bestens
C. Serva.

Zur Saat empfehle

Rotklee (dreiblättr.)
Luzerne (Ewiger Klee)
Weißklee (Steinklee)
Timothy (Fuchschwanz)
Grassamen

Mischung
Gartensamen
aller Art in bester keimfähiger Ware zu billigsten Tagespreisen

Otto Jung,
Landesprodukte.

Bleiben Sie der altbewährten Marke



**Breitsgauer
Kunststoffsatz**
in verbesserter Form mit Heidelberg-Zusatz und achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke.

Am 1. Juni werden Postsubstanzen befreit und empfehle ich vorher reichliche Versorgung, da eine Nachsteuer nicht erhoben wird.

Niederlagen durch Plakate erkundlich. Ansonsten verlangte Sie Prospekte direkt vom Hersteller.

Eduard Palm, Freiburg i. B.

Kaufe fortwährend
Alteisen
und Metall

zu den höchsten Tagespreisen.
Andreat, Hirsau.

Costümstoffe

in Tuch und Cheviot

130 Centimeter breit, empfehlen

Geschwister Schlaich.

Paul Räumle, vorm. I. Steudle
Calw, am Markt. Fernsprecher 111.

Geschäftshaus für
Bekleidung und
Ausstattung.

Zur Saat:

Rotklee (dreiblättr.) selbstfrei p. Etr. 20 Mk.
Luzerne (ewig) **Wicken,**
Gartensamereien empfiehlt billigt
E. Straile, Althengstett.

Wagen = Verkauf.

Einen 4sp. Break,
einen klein. u. einen groß.
Federprüfentwagen,

4 neue Leitertwagen.
Ehr. Stürner.

Calw.
Eine eiserne
Gartentüre
(123x90) verkauft
Fr. Kober, Salzgasse 60.

Ein guter
Hofhund

(womöglich Rottweiler) wird sofort zu kaufen gesucht.
Albert Wohlleber, zum Lamm, Liebenzell.

Eine reifbarbige
Milch-Ziege
ist zu verkaufen.
Haggasse 192.

Sarren,
Simmental. Hellgelbsch, unter zwei die Wahl.
Jakob Wolf, Deckenpfronn.

Neuer Entlassungs-Anzug
(Eiolschnitt) mittlere Figur, zu verkaufen.
Altbürgerstr. 284 II.

Eine schöne
Drazäne

(Palme) hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.
Verkaufe einen 12 Monate alten, gutgebauten

Sarren,
Simmental. Hellgelbsch, unter zwei die Wahl.
Jakob Wolf, Deckenpfronn.

Denk an Dein Kind!

Soll es gesund und kräftig sein und bleiben — gib ihm täglich

Dr. Detker's Eiweiß-Nahrung

Urkraft



Ärztlich empfohlen.
Zu haben in Schächeln zu Mk. 5.— und Mk. 10.—, in Drogerien und Apotheken, wo nicht werde man sich in Trocknungswerke Detker & Co. G. m. b. H., Bielefeld.

Wildbad.

Von der Reise zurück

Dr. Hans Fritz

Sprechstunden 11—12 und 3—4 Uhr, ausgenommen Samstags und Sonntags.

Parkstrasse 201.

Dr. Helene Fritz-Hölder

Frauenärztin

Sprechstunden 3—4 Uhr ausgenommen Samstags und Sonntags

im Haus Hecker neben dem Katharinestift.

V. Teufel, Dentist

Marktplatz Weilderstadt Telefon 55

empfiehlt ganze und teilweise Gebisse, Kronen- und Brückenarbeit, Stützähne, Plombieren jeder Art, Reparaturen, sowie schmerzlindeendes Zahnziehen.

Mäßige Preise.

Sprechstunden: Täglich von 9 bis 6 Uhr Sonntags v. 11 bis 2 Uhr

Gegen Katarhe



Samen, 7. April 1920.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir während der schweren Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Onkels

Wilhelm Reuß,

Goldschmied,

erfahren durften, für die vielen Blumenpenden, des Turnvereins, seinen Altersgenossen, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, und allen denen, die ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten, sagen herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Georg Wohlgenuth.

Suche
möbl. Wohnung
(2—3 Zimmer mit Kochgelegenheit) auf längere Zeit in Liebenzell, Hirsau od. Umgebung. Event. kaufe
kl. Landhaus.

Preisofferten an:
Frau Dr. Kanschke, Schömbera/Neuenbürg.

Kropf! Dicken Hals!
beseitigt Apoth. Rathelshubers
Kropfgeist!

Gleichzeitige Anwendung meines Kropfpulvers erhöht und beschleunigt die Wirkung. Preis des Pulvers Mk. 3.50 Preis des Kropfgeistes Mk. 5.—. Porto und Packung extra! Allein durch Hofapotheke Hechingen Hohenz.